

STILLSTAND VOR WEICHENSTELLUNGEN

Die Wahlen 2013/2014 haben zu erheblichen Veränderungen geführt, die allen Parteien strategische Weichenstellungen abnötigen. Für die gesellschaftspolitische Linke stellt sich die Frage, wie ein politischer Richtungswechsel, der mit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Gesellschaft verbunden ist, überhaupt noch möglich werden kann. Für die Partei Die Linke stellt sich die Frage, wie es nach dem Zyklus der Anti-Agenda2010-Politik weiter gehen soll. »Soll« statt »Muss« schreiben zu können, spiegelt den parteipolitischen Erfolg.

Die Ausgangslage lässt sich in drei Fragestellungen bzw. Ebenen betrachten:

- das politische Feld und das Verhältnis der (partei-)politischen Kräfte zueinander;
- das Feld der Verbindung von politischem Feld und gesellschaftlichem Feld, was durch das Verhältnis von Partei zu ihren (potentiellen) Wähler_innen bestimmt wird;
- das Feld der gesellschaftlichen Dynamiken, auf welches sich alle Parteien beziehen (müssen), und die sie in unterschiedliche politische Agenden übersetzen.

Zu diesen drei Ebenen hebe ich jeweils einige Aspekte hervor, die mir für die Strategiebildung wichtig erscheinen. Ein viertes Feld, die gesellschaftspolitischen Diskurse, streife ich nur am Rande. Abschließend komme ich zu Schlussfolgerungen, die sich nicht zwingend aus den vorherigen Bemerkungen ergeben, die also keineswegs alternativlos gedacht sind.

1. POLITISCHES FELD UND POLITISCHE KRÄFTE

1. Die *allgemeine politische Stimmungslage* in Deutschland ist »ruhig«: Es gibt keine beherrschenden Themen. Die Beurteilung der allgemeinen wie persönlichen *wirtschaftlichen* Lage ist sehr positiv (vgl. Abb. 1, 2.1.-2.3 im Anhang). Für größere Teile der Erwerbstätigen gibt es seit zwei, drei Jahren eine positive Einkommensentwicklung. Als Vergleichsmaßstab scheinen die Schwierigkeiten und Krisenverläufe anderer Nationalstaaten in Europa wichtiger zu sein als die krisenhaften Ungleichheiten im eigenen Land. Es gibt ein überwiegendes Bedürfnis nach Stabilität, nach Fortschreibung des Status Quo, wobei gleichfalls im Hintergrund das »unbehagliche Wissen« vorhanden ist, dass es »so« auf Dauer nicht weiter gehen kann.

2. In *Deutschland* haben die *Parteien* »links von der Union« mit rund 42% der gültigen Stimmen bei der letzten Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit 1990 eingefahren. Aus der politischen Schwäche der Parteien »links von der Union« ist auch eine wahlarithmetische geworden. Die rechnerische Mehrheit der Abgeordneten verdankt sich allein der Sperrklausel. SPD und Grüne erschließen sich neue Machtoptionen, die jeweils die Stellung der Union als Kanzlerpartei stärken. Es ist nicht davon auszugehen, dass es 2017 einen »rot-rot-grünen« Lagerwahlkampf geben kann und wird, sondern SPD, Linke und Grüne einen je eigenständigen Wahlkampf führen werden. Damit steht die Frage nach dem eigenständigen Profil der Linkspartei 2017, ob es sich vor allem in Abgrenzung und Konkurrenz zu diesen beiden Parteien konturiert oder durch eine eigenwillige Schwerpunktsetzung in den Zielen und Ansprüchen.

3. Ein Sechstel der Stimmen entfiel im September 2013 auf Parteien, die an der Sperrklausel scheiterten. Es waren überwiegend Stimmen für marktliberale, nationalliberale, wertkonservative und rechtspopulistische Einstellungen sowie »politisch ungerichtete« Proteststimmen. Diese »außerparlamentarische Opposition« ist zudem überdurchschnittlich jung. Die »Alternative für Deutschland« stellt die Union vor Probleme ideologischer und machtpolitischer Art, deren Perspektive erst im Laufe des kommenden Jahres klarer werden wird.

Mit der AfD deuten sich derzeit drei Bruchstellen im bürgerlichen Lager an: wertkonservative Wählerschichten fremdeln mit der Union in puncto Gleichstellungs- und Familienpolitik; leistungsorientierte, markt- und neoliberal orientierte Wählerschichten zweifeln an der ordnungspolitischen Treue der von Merkel »sozialdemokratisierten« Union; eher national orientierte Wählerschichten protestieren gegen eine angeblich heraufziehende »europäische Solidargemeinschaft«. Die AfD versucht diese Strömungen unter dem ideologischen Dach eines »(nationalen) Wettbewerbspopulismus« und »Anti-Institutionalismus« (gegen »Brüssel«, gegen die »Bürokraten«, die »Altparteien« usw.) zu bündeln.

4. Die politische Dynamik im parteipolitischen Feld liegt machtpolitisch und thematisch rechts von der Sozialdemokratie. Das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament hat dies - mit einzelnen Ausnahmen - bestätigt: Erstarkung der rechten, rechtspopulistischen und antiinstitutionellen Kräfte auf der nationalen Ebene. Vermittelt über die jeweilige nationale Ebene, vor allem Frankreich und Großbritannien, kann dies erhebliche Auswirkungen auf die europäische Politik haben. Es ist in den kommenden Jahren mit einer wachsenden europäischen Dynamik, die auf die Politik in Deutschland zurückwirkt, zu rechnen. »Äußere«, europäische Ereignisse können die nationale Politik stark fordern und prägen. Zum Beispiel im Falle einer Regierungsübernahme durch Syriza in Griechenland - Wie ist Die Linke (und die europäische Linkspartei) darauf vorbereitet, was heißt dann »Unterstützung« für die eigene Politik?

5. In Deutschland wie auf europäischer Ebene haben sich bis auf weiteres Christ- und Sozialdemokraten zu einem Block der institutionellen Stabilität und der Austeritätspolitik zusammengefunden. Es gibt Anlass davon auszugehen, dass die Austeritätspolitik zu Gunsten der institutionellen Stabilität aufgeweicht und gelöchert (werden) wird, auf europäischer wie nationaler Ebene. Zeiten großer Koalitionen sind in der Regel Zeiten des Übergangs, des eher kurzfristigen Pragmatismus, des Ausbrütens von Krisen gewesen; der »Modus der Problemverwaltung« erzwingt am Ende »Weichenstellungen« (Hans-Jürgen Urban¹).

6. Im (partei-)politischen Feld, welches vor allem über die parlamentarische Form und den politisch-medialen Komplex geprägt wird, stellen sich zumindest drei Fragen:

- das Verhältnis zu den rechtspopulistischen Angriffen auf Institutionen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und ihrer Wertvorstellungen;
- das Verhältnis zur Frage, wie die Union als Kanzlerpartei abgelöst werden kann: gelingt es die Dialektik von Regierung und Opposition (und damit die Selbstkorrektur- und Innovationskraft des Parlamentarismus) zu beleben?
- das Verhältnis zu den Aufweichungen und Löchern im politischen Austeritätsblock (Mindestlohn, Rente, ... EZB) - schlummert hier ein Potential, das über die Große Koalition hinausweist, wie etwa Hans-Jürgen Urban und Rudolf Hickel meinen?

7. Am Ende steht die Frage, wo sich Die Linke im Parteifeld selbst verortet (siehe Abb. 3). Im Feld der »Mosaik-Linken« im Sinne von Hans-Jürgen Urban wird über die Frage, wie eine Revitalisierung einer linken Opposition als Regierungsalternative aussehen

¹ Hans-Jürgen Urban: Stillstand in Merckelland: Wo bleibt die Mosaik-Linke?; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2014, S. 73-82.

könnte, unter den Bedingungen der Großen Koalition begonnen zu diskutieren². Im machtpolitischen Kern liegt die Frage, ob und wie es die SPD wieder ins Kanzleramt schaffen kann. Dabei wird davon ausgegangen, dass

- die heutige Große Koalition nicht wie die vorherige die Fortsetzung der Agenda-Politik ist, sondern der Anfang vom Ende der »neoliberalen Konterrevolution« sein könnte (Urban: »Zum ersten Mal seit Jahrzehnten plant eine Regierung spürbare materielle Verbesserungen, scheint sie zur Re-Regulierung des Arbeitsmarktes bereit.«);
- ein Durchbruch der rechtspopulistischen Kräfte in Regierungsämter verhindert werden muss;
- ein »linkes Lager« erst rekonstruiert werden muss, wozu die zugehörigen parteipolitischen Kräfte vor allem bisher fehlende strategische Mosaikfähigkeit entwickeln müssten.³

2. PARTEI UND WÄHLER_INNEN

8. Nach den Wahlen 2013/2014 kann von einer »*relativen Stabilisierung*« der Wähler_innenbasis gesprochen werden (vgl. Abb. 4.1. bis 4.3.). Bei der Bundestagswahl 2013 gab es (lt. Wanderungsbilanzen von Infratest dimap) rund 2,55 Mio. Wähler_innen, die bereits 2009 für DIE LINKE votiert hatten. Damit ist nach der Phase des Aufbaus und der Etablierung eine Basis oberhalb der Sperrklausel vorhanden. Die Stabilisierung ist relativ, weil es sich nicht durchweg um »treue Stammwähler_innen« handelt, die auf jeden Fall bei jeder Wahl ihre Partei wählen, sondern sie wollen immer wieder mobilisiert werden: Bei der Europawahl wählten gut 1 Mio. der »Wiederwähler_innen« der BTW nicht DIE LINKE, sondern vermutlich mehrheitlich gar nicht oder eine andere Partei.

9. Die Fähigkeit, Wähler_innen zu binden und bei (unterschiedlichen) Wahlen zu mobilisieren, scheint *regional stark unterschiedlich* ausgeprägt zu sein (vgl. Abb. 5.1., 5.2.) Es gibt keine »homogene« Beziehung zwischen den regionalen Parteiorganisationen und den Wähler_innen. Damit stellt sich die Frage, wie unterschiedlich Strategien der Wäh-

² Ausgedrückt in Publikationen z.B. von Hans-Jürgen Urban („Blätter“ 2014), Benjamin Mikfeld (<http://www.denkwerk-demokratie.de/>), Albrecht von Lucke („Blätter“ 2013) u.a.m.

³ Zur Erläuterung: Zum konservativen Lager werden CDU/CSU als Gravitationszentrum und wirtschaftsliberal orientierte Sozialdemokraten und Grüne gerechnet. Eine mögliche schwarze-grüne Koalition wäre Ausdruck einer gelungenen Modernisierung des konservativen Lagers. Ob eine rechte Partei hinzukommt, ist offen. Das linke Lager bestünde demgegenüber aus »den bekannten Verdächtigen: den an einem ökosozialen Pfadwechsel orientierten Strömungen in der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke. Aus ihnen könnte die deutsche Variante dessen entstehen, was in anderen Ländern als „Center-Left-Coalition“ (Mitte-links-Block) diskutiert wird.« Bisher sei ein solches linkes Lager tatsächlich nur Wunschdenken, kein politikfähiges real existierendes, weil es sich seit 24 Jahren selbst bekämpfe, weil es ihm an einem identitäts- und strategiestiftenden Projekt fehle, weil es, um von der Phase der Konfrontation zur Kooperation überzugehen, an funktionalen Parteiidentitäten und Strategien, also identitätsstiftenden Alleinstellungsmerkmalen und notwendigen Kooperationsoptionen, fehle. Im vergangenen Bundestagswahlkampf habe so den im Diskurs des »Stabilitätspatriotismus« homogenisierten konservativen Diskurswelten eine Vielzahl unverbundener linker Diskurswelten gegenüber gestanden: »Wachstum, Löhne, Arbeitsplätze«, »ökologische Modernisierung«, »Umfairteilung«, »Transformation des Kapitalismus«.

Man kann und muss diese Einschätzungen für die eigene Strategiebildung nicht teilen, aber man muss wissen und berücksichtigen, dass es sie gibt, auch damit verbundene Erwartungen an DIE LINKE.

ler_innenbindung, der gesellschaftlichen Verankerung zwischen den Wahlen sein müssen und überhaupt sein können.

10. Oberhalb des Sockels einer relativen Stabilität der Wähler_innenbasis gibt es einen großen Anteil von wechselnden Wähler_innen. Während es in der Phase der Sammlung bis 2009 eine eindeutige Bewegung insbesondere, aber nicht nur von sozialdemokratischen Wähler_innen zur Linkspartei gab, fanden bei den anschließenden Wahlen auf Landes- wie auf Bundesebene vier qualitativ verschiedene Bewegungen statt:

- die Bindung an die neue Partei DIE LINKE;
- der Wechsel in die Wahlabstinenz: das Votum für DIE LINKE war eine Zwischenstation von der SPD zur Nichtwahl;
- ein Wechsel zu anderen Parteien, die konjunkturell Aufsehen erregten (Piratenpartei, AfD): politisch ungerichtete Protestwähler, für die DIE LINKE als etablierte Partei keine Funktion mehr hat;
- ein Wechsel (zurück) zu SPD und Grünen: in den Augen dieser Wähler_innen hat die (einmalige) Entscheidung für DIE LINKE ihre Denkmittel-Funktion erfüllt, eigentlich blieb man im Herzen Wähler_in von SPD oder Grünen.

11. Sieht man von einzelnen Landtagswahlen (z.B. Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen) ab, so stand der Abwanderung von Wähler_innen immer auch eine Zuwanderung gegenüber, im Saldo meist negativ, aber es zeigt, dass DIE LINKE auch nach dem Ende ihres Aufschwungs für Wähler_innen anderer Parteien interessant und attraktiv bleibt, aufgrund ihrer Funktion im Parteiensystem und aufgrund der Kompetenzzuschreibung in Sachen »Sozialer Gerechtigkeit«. Hierbei handelt es sich vor allem um Wechsel innerhalb eines von den Wähler_innen unterstellten »linken Lagers«.

12. Sieht man von immer möglichen äußeren Ereignissen ab, also Katastrophen oder Entscheidungen anderer Parteien, die Wähler_innen zur Entscheidung für Die Linke bewegen können, so scheint eine obere Grenze der Ausschöpfung des Wähler_innenpotentials erreicht zu sein: DIE LINKE ist eine Partei, die bundesweit zwischen 6,5% und 13% gut ist.

Damit steht die Frage, was es heißt, im politischen Feld, im Parteiensystem und in der Wahrnehmung der Wähler_innen eine »Kleine Partei« zu sein - für die Politik- und Themenentwicklung, für die Kommunikation über sich selbst (Wie kann eine »Kleine Partei« glaubhaft von »(Gegen-)Hegemonie« sprechen? Wie kommen Umfrage-Mehrheiten bzw. »Interessen der Mehrheit« mit der augenfälligen Tatsache zusammen, dass diese Mehrheit von der Linkspartei nicht vertreten werden will?)

13. Angesichts der absolut und relativ geschrumpften Stimmenzahl »links von der Union« stellt sich eine weitere Frage: Wo und wie ist ein Ausbau des Stimmenpotentials (eines erneuerten »linken Lagers«) möglich? Trifft die These zu, dass ohne eine Remobilisierung enttäuschter Wähler_innen eine fundierte gesellschaftliche Mehrheit für einen gesellschaftspolitischen Richtungswechsel nicht möglich ist? (vgl. Abb. 6 - 7). Dann stellt sich das Problem etwa so:

- Soll Die Linke mit SPD und Grünen um Stimmen konkurrieren, unter einander und in Konkurrenz zu Union (und AfD), sich als auf den Wettbewerb um die »Wahlwilligen« konzentrieren? Dieser Weg läge in der »Organisationslogik« und »Wahlkampflogik« nahe.
- Oder soll sie es als ihre spezifische Aufgabe ansehen, im Rahmen linker Mosaikfähigkeit »Wahlunwillige« in die politische Arena und an die Wahlurnen zurückzuholen? Dieser Weg läge in einer Emanzipations- und Veränderungslogik nahe.

Beide Orientierungen stehen durchaus in Konkurrenz zueinander: Alle Erfahrungen sprechen dagegen, im Rahmen von parlamentarischen Zyklen (Wahlkämpfen) nachhaltig enttäuschte Wähler_innen zurückholen zu können. Ebenso langfristig, wie der Entfremdungs- und Verabschiedungsprozess gewesen ist, muss man sich den Rückkehrprozess

vorstellen. Es braucht also eine langfristige Strategie, die gleichwohl kurzfristige Wahlerfolge zulässt. Allein schon deshalb verbietet sich ein Selbstverständnis als »Partei der Marginalisierten/Unterschichten«, darüber hinaus geht es an der vielfältigen Wirklichkeit von sozialen Segmentierungen und Prekarisierungen vorbei, da es so etwas wie ein »Prekariat« nicht gibt. Wie also könnte eine produktive Verbindung auf einer Zeitstrahlachse aussehen?

3. GESELLSCHAFTLICHE/GESELLSCHAFTSPOLITISCHE DYNAMIKEN

Dieser Abschnitt verweist auf längerfristige gesellschaftspolitische Dynamiken, die für Die Linke als Partei der sozialen Gerechtigkeit, die demokratischen Sozialismus als Programmziel vertritt, von besonderer Bedeutung sind und immer wieder Antriebsmomente für linke Themen, Projekte, Schwerpunkte sein werden. Es handelt sich hierbei um

- die kommunikationsstrategische bzw. diskurspolitische Abspaltung eines »Prekariats« aus dem gesellschaftlichen Kern, also kommunikative Absicherung der sozialen Spaltung;
- die durch einen Blick auf die berufliche Arbeitsteilung der Gesellschaft nicht gedeckt ist, vielmehr sind die Verschiebungen/Bewegungen im »gesellschaftlichen Gesamtarbeiter« wichtig;
- die digitale Revolution als Revolution der Produktivkräfte wird erhebliche Auswirkungen auf Produktions- und Lebensverhältnisse haben;
- die Auseinandersetzungen mit diesen Veränderungen und der Austeritätspolitik werden auf der lokalen (kommunalen) Ebene ausgetragen.

14. Repräsentationslücke und gesellschaftliche Fragmentierung: Die Klassenspaltung im Wahlverhalten hat die Mainstream-Diskussion erreicht, »prekäre Wahlen« werden als Ausdruck verfestigter sozialer Ungleichheit und als Defizit demokratischer Repräsentation begriffen. Zurecht wird ein statistischer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit, Einkommenshöhe und formalem Bildungsgrad hergestellt, aus dem zuweilen der Schluss gezogen wird: »Das Prekariat geht nicht wählen.« Dieses Diktum steht in der Gefahr, als Festschreibung eines direkten Zusammenhangs von sozialer Entsicherung, Entkopplung und Politik(un)fähigkeit (miss-)verstanden zu werden: Die Überflüssigen und Ausgeschlossenen und/oder davon Bedrohten werden dann vor allem wahrgenommen in ihrer unterstellten Unfähigkeit zur normalen politischen Mobilisierung und Assoziationen zur Theorie vom defizitären »Lumpenproletariat« zugelassen. Tatsächlich hat das Wahlverhalten weniger mit der sozialen Lage und mehr mit der gesellschaftspolitischen, öffentlichen Interpretation der sozialen Lage, ihrer Ursachen und Auswege zu tun. Der eigentliche Zusammenhang scheint zwischen der wachsenden Dominanz neoliberaler, leistungsorientierter gesellschaftspolitischer Diskurse mit ihrer Individualisierung struktureller Ursachen (Stichwort »Eigenverantwortung«) und den mittelschichtorientierten Diskursen guter Lebensführung einerseits und dem tatsächlichen Abbau sozialstaatlicher Integrationsmechanismen und -leistungen andererseits zu bestehen. Die beiden Einbrüche in der Wahlbeteiligung nach der »geistig-moralischen Wende« und nach Verkündung der »Agenda«-Politik bestätigen diese Sichtweise. »Das Prekariat«, wenn man davon sprechen will, geht aus Erfahrung nicht wählen, erwartet von »der Politik« nichts und kann sie auch nicht mehr vorstellen, dass »die Politik« oder eine Partei an ihrer sozialen Lage etwas verbessern könnte (auch wenn sie wollte). Die Erfahrung ist eine doppelte: die öffentlich breit vertretenen Ansichten, wonach die Politik der Wirtschaft ihre Freiheit lassen soll oder gegenüber der Kapitalmacht ohnehin hoffnungslos im Hintertreffen sei. Und die Erfahrung, dass im Zweifelsfall erst »für andere« etwas getan wird, die Segmentierung und Fragmentierung tatsächlich real ist, es so etwas wie gesellschaftlichen Zusammenhalt oder Klassensolidarität außerhalb der eigenen Alltagswelt nicht gibt und sich nicht nur Interessenlagen, sondern auch Legitimitäts-, Moral- und

Gerechtigkeitsvorstellungen, Sichtweisen auf die Gesellschaft auseinander entwickeln. Man kommt in der Politik, im politischen System schlichtweg nicht mehr vor. Prekarisierung hat eine materielle und rechtliche Seite und eine ideologische und öffentliche, diskurspolitische Seite.

15. Die Prekarisierungsprozesse korrespondieren mit einer deutlichen und beschleunigten Neuzusammensetzung des »gesellschaftlichen Gesamtarbeiters« und seiner »beruflichen Arbeitsteilung«. Von der Zusammensetzung der Gesamtarbeit und den Berufen auszugehen, unterstellt, dass der Beruf und die Wahrnehmung des eigenen Berufes in seiner Entwicklung im Verhältnis zu anderen eine Erfahrung ist, die die Selbstwahrnehmung in der Gesellschaft besonders prägt. Von 1991 bis 2011 lassen sich als Hauptverschiebungen festhalten⁴:

- eine »Kompetenzrevolution«, eine hohe Dynamik des Bildungskapitals: Der Anteil der un- und angelernten Berufe steigt von 23,8% in 1991 auf 24,8% in 2011, derjenige der Fachlehrerberufe sinkt von 45,4% auf 30,2%, während der Anteil der halbakademischen und akademischen Berufe um 5% bzw. fast 10% zunimmt. Aus den gesellschaftlichen Erfahrungen, die mit diesem Prozess verbunden sind, resultiert außerhalb der Berufswelt u.a. ein wachsender Druck auf Kinder und Eltern.
- eine Restrukturierung des industriellen Exportmodells: es hat, vor allem bis 2005, transnationale Verschiebungen zu Lasten der Fachlehrerberufe gegeben - hier hat die Erfahrung globaler Konkurrenz ihre Grundlage - und gleichzeitig eine Stabilisierung (ab 2005) der verarbeitenden Industrie (Maschinenbau, Anlagenbau, Pharmazeutische Produkte, Ernährung) als Kern dieses Modells, nimmt man ausgelagerte Funktionen, die jetzt als Dienstleistungen geführt werden hinzu, kann man sogar von einem Wachstum des industriellen Produktionsnetzwerkes seit 2005 sprechen. Hier hat die Erfahrung, dass »wir es geschafft haben«, ihre Grundlage.
- Veränderungen finden auch auf der horizontalen Achse statt: die »technischen Berufe«, die Berufe mit einer technischen Arbeitslogik nehmen gegenüber 1991 deutlich ab, diejenigen mit einer organisatorischen Arbeitslogik, die administrativen Dienstleistungen nehmen deutlich zu. Der Bereich der interpersonellen Arbeitslogik, der Humandienstleistungen wächst, hier vor allem wächst auch die Zahl der un- und angelernten Arbeitnehmer_innen. Schließlich wächst der Bereich der »selbstständigen Arbeitslogik« in Gestalt eines Anwachsens der neuen Freien Berufe und der Solo-Selbstständigkeit. Zunahme der freiberuflichen unternehmensnahen Dienstleistungen, Ausweichbewegungen bei drohender Erwerbslosigkeit, »Goldgräberstimmung« im IT-Bereich und Wachstum und Umorganisation im Gesundheitswesen waren die Hauptmerkmale. Seit 2005 stagniert das gesellschaftliche Arbeitsvolumen, welches von Selbstständigen erbracht wird, ab 2010 ist es rückläufig.
- wachsende Frauenerwerbstätigkeit in allen Berufen, vor allem aber in den Humandienstleistungen in Verbindung mit wachsender (freiwilliger und unfreiwilliger) Teilzeitarbeit, höhere Chancen für Frauen gehen mit wachsenden Konflikten mit Männern einher.
- zunehmende regionale und transnationale Strukturverschiebungen und ökonomischer Schieflagen/Disparitäten, die wiederum den Hintergrund von Klagen gegen den Länderfinanzausgleich oder wachsender regionaler Autonomiebestrebungen in Europa bilden.
- Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Entwicklung der Erwerbseinkommen, so lässt sich auf der Ebene des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters feststellen, dass die zwischen 2000 und 2007 eingetretene Polarisierung (Abstieg aus mittleren Einkommenslagen) nicht nur gestoppt, sondern bis 2011 partiell umgekehrt wurde, also ma-

⁴ Die folgende Darstellung folgt den Ergebnissen einer Auswertung von Mikrozensus-Daten durch Michael Vester und Sonja Weber-Menges im Auftrag ursprüngliche der Hans-Böckler-Stiftung und später der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der letztere Forschungsbericht ist ab dem 9. Juli 2014 unter www.rosalux.de - Gesprächskreis „Sozialstrukturanalyse und Soziale Ungleichheit“ zugänglich.

terielle Besserstellung erfahren wurde. In der horizontalen Betrachtung zeigt sich dann aber, dass im Bereich der Humandienstleistungen bereits ab bestimmten Erzieher- und Sozialarbeiterberufen Abstiegs- oder Schlechterstellungserfahrungen im Vergleich mit anderen Sektoren gemacht werden konnten und können. Prekarisierungen über die Einkommenslage sind im gesellschaftlichen Gesamtarbeiter ungleich verteilt, konzentriert auf den Bereich der selbstständigen Arbeitslogik und die Berufe mit interpersoneller Arbeitslogik.

Wenn in den letzten Jahren eine gewisse Entspannung der Ungleichheitsdynamiken festzustellen ist, so können sie bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wieder einsetzen. Absehbar aber ist, dass die bevorstehende Revolutionierung der Produktivkräfte und die Muster der Austeritätspolitik erneuten Druck auf den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter ausüben werden.

16. Die »digitale Revolution« und die bevorstehenden Entwicklungssprünge im Bereich »Big Data«, »Industrie 4.0«, »Internet der Dinge« werden zu einer qualitativen Veränderungen der Produktionsverhältnisse führen, neue Geschäftsmodelle und Berufe hervorbringen. Neue Anforderungen an das Recht (in der Welt der Arbeit, im Verhältnis Bürger-Staat, im Verhältnis Unternehmen - Verbraucher), sozialstaatliche Institutionen und demokratische Verfahren werden entstehen. Tiefgreifende Veränderungen in der Lebensweise werden die Folge sein, die vielleicht wesentliche Erfahrung wird die Geschwindigkeit der Veränderung sein. Hinzukommt eine Verschärfung der internationalen Konkurrenz. Eine Studie der IG Metall geht davon aus, dass in den kommenden zehn Jahren bis zu 5 Millionen Arbeitsplätze im mittleren Qualifikationsbereich von Veränderungen betroffen sein könnten.

17. Die Austeritätspolitik baut die Handlungsfähigkeit der Kommunen und generell des öffentlichen Sektors und der sozialstaatlichen Institutionen ab, während sich gleichzeitig die Erwartungen etwa an das Bildungssystem, an das Gesundheitswesen oder an das Verkehrssystem erhöhen. Die Folgen ausbleibender Investitionen, Leistungsabbau und Privatisierung war und ist die Vermarktlichung von Teilen der Daseinsvorsorge und die Abhängigkeit des Zugangs vom Haushaltseinkommen. Die »Schuldenbremse« und Co werden ein Übriges tun. Verbleibende öffentliche Ressourcen werden voraussichtlich in die »produktive« Begleitung der technologischen Revolution fließen, also eher Wertschöpfungserfordernissen folgen als den Erfordernissen gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Alle Entwicklungen zusammen betrachtet, steht nur scheinbar der Abbau von öffentlichen Leistungen im Mittelpunkt, die originäre gesellschaftliche Erfahrung ist die des wachsenden Drucks auf das Individuum und die Familien bzw. die Haushalte (als kleinster Reproduktionseinheit). Der Bildungserfolg der Kinder, die gesunde Lebensführung, in bestimmten Milieus: die nachhaltige Lebensführung, die Erfordernisse der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Verpflichtungen gegenüber den Älteren, Verarbeitung beschleunigter Veränderungen - all das hat bereits zu veränderten Krankheitsbildern einer modernen Gesellschaft geführt.

Es wird aber zunehmend die Wahrnehmung von Politik und die Möglichkeit zur Politik bestimmen: Was kann und soll Politik zur besseren Bewältigung der »alltäglichen Herausforderungen«, der Belastungen in der sozialen Nahwelt beitragen? Welche gesellschaftspolitischen Orientierungen hat sie anzubieten? Die sich entfaltende erneute Modernisierungswelle provoziert eine Reihe von gesellschaftspolitischen Fragen (erneutes Anwachsen kultureller Auseinandersetzungen, Werte-Debatten usw.) wie auch an Auseinandersetzungen, etwa darüber, was einer Gesellschaft Erziehung, Bildung, Gesundheit und andere Humandienstleistungen wert sind, welchen Status und welchen Stellenwert sie im Gesamtarbeiter einnehmen sollten.

4. EINIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM STRATEGISCHEN KERN

18. Welche gesellschaftlichen Dynamiken sind erkennbar, die die Frage der sozialen Gerechtigkeit immer wieder aktuell machen? Unabhängig von konkreten strategischen Entscheidungen im unmittelbaren parteipolitischen und parlamentarischen Feld über thematische Schwerpunktsetzungen, also unabhängig etwa davon, ob man die Vorstellung von einer Rekonstruktion eines linken Lagers teilt, ergeben sich aus den Überlegungen einige Schlussfolgerungen für die Rückgewinnung linker Strategiefähigkeit bzw. einem strategischen Plan, der eine politische Agenda mit einer Durchsetzungsstrategie verbindet.

19. Entscheidend für politisches Verhalten, Wahlverhalten sind nicht (allein) Interessen, sondern zugleich Vorstellungen darüber, was legitim ist, was möglich ist, was mit den eigenen Moralvorstellungen übereinstimmt. Diese Vorstellungen über die Gesellschaft und den eigenen Platz und den sozialen Status in der Gesellschaft unterscheiden sich nach Klassenlage und Milieu. Sie haben eines gemeinsam: sie können verändert werden. Ein Eckpunkt linker Strategiebildung könnte also die Veränderung der strategischen Kommunikation, der Diskurspolitik sein: Statt von Umverteilung zwischen oben und unten von Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit sprechen, auf die Gesellschaft aus der von Erwerbseinkommen, nicht Vermögenseinkommen sprechen, über den Mindestlohn nicht in der Logik von Markt bzw. Tarifautonomie und Staat bzw. Gesetz, sondern von Demokratie, in der die Bürger_innen sich einen Mindestlohn leisten, sprechen, verteilungspolitisch heiße dies: von privat zu öffentlich. Es geht darum, einen Diskurs zu entwickeln, der sich gegen die diskursive Ausklammerung der »Mitte« im Diskurs von der Spaltung in Arme und Reiche, Oben und Unten richtet und an seiner Stelle den »alten« Diskurs entlang der drei Haupteinkommensquellen aktualisiert. Und es geht darum, einen Diskurs über Staat und Politik zu entwickeln, der auf die Wiederaneignung der Demokratie gerichtet ist. Nur so kann eine Tür geöffnet werden, durch die Enttäuschte in die Politik und die Auseinandersetzung um die öffentlichen Angelegenheiten zurückfinden können. Das wäre, auch um Urban'schen Sinne, als Rekonstruktion einer »demokratischen Klassenpolitik« zu bestimmen (und damit auch der Wiedereinführung des Begriffs »Klasse« in das politische Feld).

20. Statt weiter Kern und Rand, Marginalisierte und arbeitnehmerische Mitte als Adressaten linker Politik konträr zu behandeln, bietet der Rückgriff auf das Bild vom gesellschaftlichen Gesamtarbeiter die Möglichkeit, einerseits der Stigmatisierung von Prekarierten zu entgehen, und andererseits ein dynamisches Verständnis der Veränderungen zu entwickeln: des Zusammenhangs mit transnationalen Wertschöpfungsketten wie der Verschiebungen im nationalen Rahmen.

Entscheidend ist nicht der jeweilige Status Quo, sondern die Verschiebung der Relationen, wie sich die einzelnen Teile in der Gesamtarbeit verändern. So ist der industrielle bzw. der technisch-organisatorische Bereich stark von sozialökonomischen Entwicklungen und Innovationen abhängig, gerade auch wenn man an die Revolution der Produktivkräfte denkt. Ab die Linke hier erfolgreich sein kann als Treiberin ökonomischer Innovation darf bezweifelt werden. Auf der anderen Seite erhöhen sich aber gerade durch die Dynamik in diesem Bereich die Erwartungen und die Anforderungen an den Bereich der interpersonellen Arbeitslogik, der wiederum unter starkem Austeritätsdruck steht. Dieser wiederum ist stark verbunden mit der Frage, was ein gutes Leben und eine gute Gesellschaft ausmacht und welchen Zwecken der wirtschaftliche Erfolg dienen soll, was einer guten Gesellschaft also dieser Teil der Gesamtarbeit wert sein sollte. Den Bereich der interpersonellen Arbeitslogik als strategischen Sektor linker Klassenpolitik zu begreifen, würde sich nicht gegen andere Sektoren richten und zudem, wenn man sie will, nicht die Prekarisierung bestimmter Arbeiternehmer_innengruppen, sondern die Prekarisierung eines Teilsektors der Gesamtarbeit zum Ausgangspunkt nehmen.

21. Die Revolutionierung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse revolutioniert auch den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter, seine soziale Stellung und sein Bewusstsein. Vermutlich wird es so sein wie immer: es wird Teile geben, die diese Revolution eher erleiden, Teile, die sie bewältigen und es wird Teile geben, die eine, ihre Zukunftschance (bessere Arbeit usw.) sehen und ergreifen. Es wäre von strategischer Bedeutung, die Erwartungen, Vorstellungen, Einstellungen und Sichtweisen dieser aktiven, revolutionierenden Schichten zu kennen und bei der Entwicklung von Visionen und Projekten für sozialen und ökologischen Fortschritt und Wohlfahrt zu berücksichtigen.

22. Reformen wie revolutionäre Prozesse haben ihr »Wahrheitskriterium« in den (lokalen) Alltagswelten, in der sozialen Nahwelt. Hier wirken sie als Verbesserung oder sie kommen »bei den Menschen« nicht an. Zugleich ist diese Alltagswelt der Ort, an dem über die eigene Lage, die Gesellschaft, die Politik kommuniziert wird, wo Gestaltungsmacht (Autonomie) oder Abhängigkeit (Kontrollverlust über die eigenen Lebensumstände) erfahren wird, wo Demokratie gelebt wird, wo Assoziationen entstehen, die wiederum Ausgangspunkt von Kämpfen um das Öffentliche und anderes sein können. Die Alltagswelt wiederum wird in hohem Maße von Familien/Haushalten und den Anforderungen und Belastungen, denen sie ausgesetzt sind, bestimmt. In diesem weiten Sinne wären Familienpolitik und soziale Nahwelten bezogene Politik ein weiterer strategischer Bezugspunkt linker Politik. Umverteilung von privat zu öffentlich hieße dann: Arme Kommunen wollen (können) wir uns nicht leisten. Damit könnte die Tür für Enttäuschte ein weiteres Stück geöffnet werden. Und damit wäre auch eine demokratiepolitische Note gesetzt: Rückgabe von Entscheidungskompetenzen und Ressourcen dorthin, wo über die Lebensumstände entschieden wird, Delegation von unten nach oben.

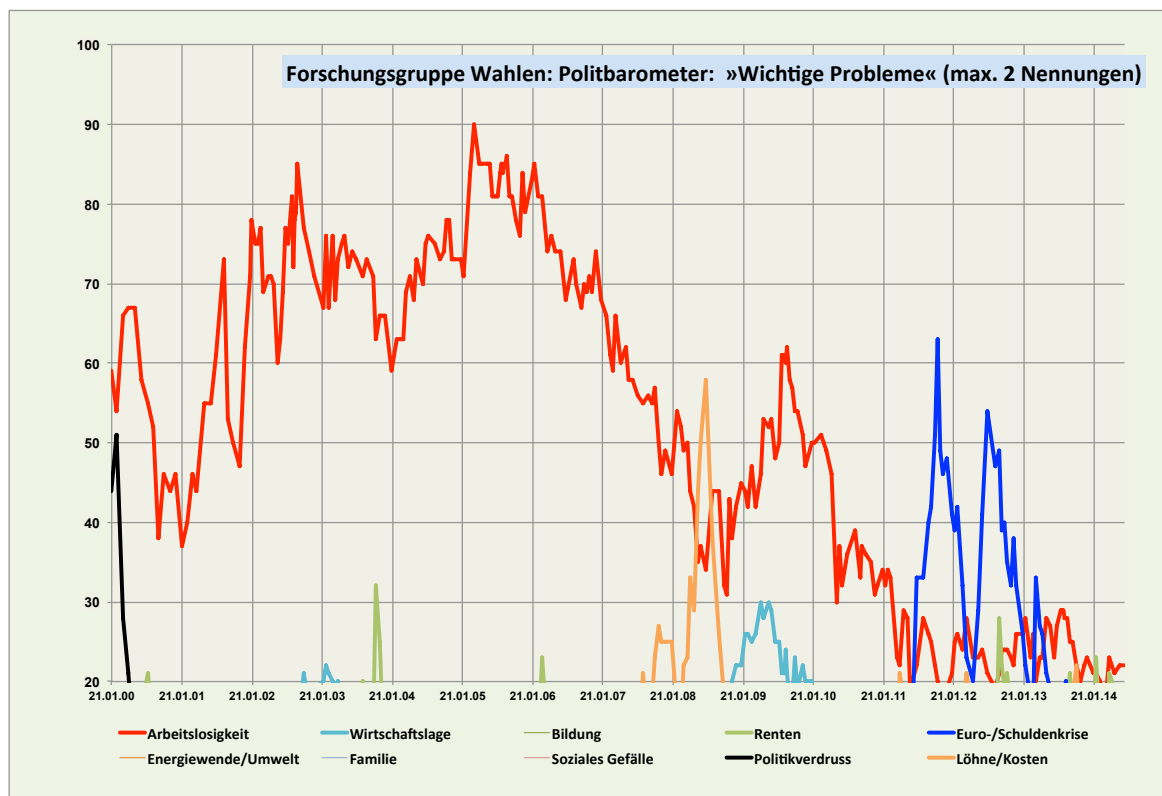
23. Der letzte Aspekt würde zudem die jüngsten kommunalpolitischen Erfolge (Bürgermeister, Landräte) in die Strategiebildung einbinden: Es würde immer darum gehen, die Chance einer erfolgreichen Übersetzung von lokaler Politik in Kommunalpolitik zu begreifen und die Politik in Land und Bund auf ihre Gestaltungsmöglichkeiten hin zu entwickeln. Neben der strategischen Integrität bietet der Bezug auf die lokale Alltagswelt als Handlungsraum auch eine Chance, der rechten Politik der »Gleichheit in der Nation« eine Alternative entgegenzusetzen, also die Idee eines »Europas der Städte« als eines Europas der Nationen/Nationalstaaten zu entwickeln.

24. Ausgehend von einer Perspektive des »transnationalen Gesamtarbeiters« könnten sich auch neue Verbindungen herstellen lassen zu gesellschaftlichen Schichten, die vor allem in NGOs oder auf Kirchentagen das gesellschaftliche Unbehagen über globale Arbeitsbedingungen und Ausbeutungsverhältnisse artikulieren und nach solidarischen Konsumweisen und Beziehungen suchen. Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, dass diese Fragen gerade für jüngere Generationen an Bedeutung zunehmen werden.

25. Bereits heute wird auf den Wirtschaftsseiten aber auch im Feuilleton breit über die zu erwartenden Auswirkungen der digitalen Revolution auf Produktions- und Lebensweise diskutiert. So ist etwa die Frage, was aus der Autonomie des (bürgerlichen) Individuums in Zeiten von Big Data wird, ein heftig diskutiertes Thema. Aus linker Sicht lassen sich an die digitale Revolution immer wieder drei Fragen mit Aussicht auf (gesellschafts-)politischen Gewinn stellen: Wie verändern sich Demokratie und Staat? Wie lassen sich die Produktivitätsgewinne gerecht verteilen, wie kann die digitale Revolution für sozial-ökologischen Fortschritt genutzt werden? Wie sieht demokratischer Sozialismus im »digitalen Zeitalter« aus?

Anhang: Folien der Präsentation Plus

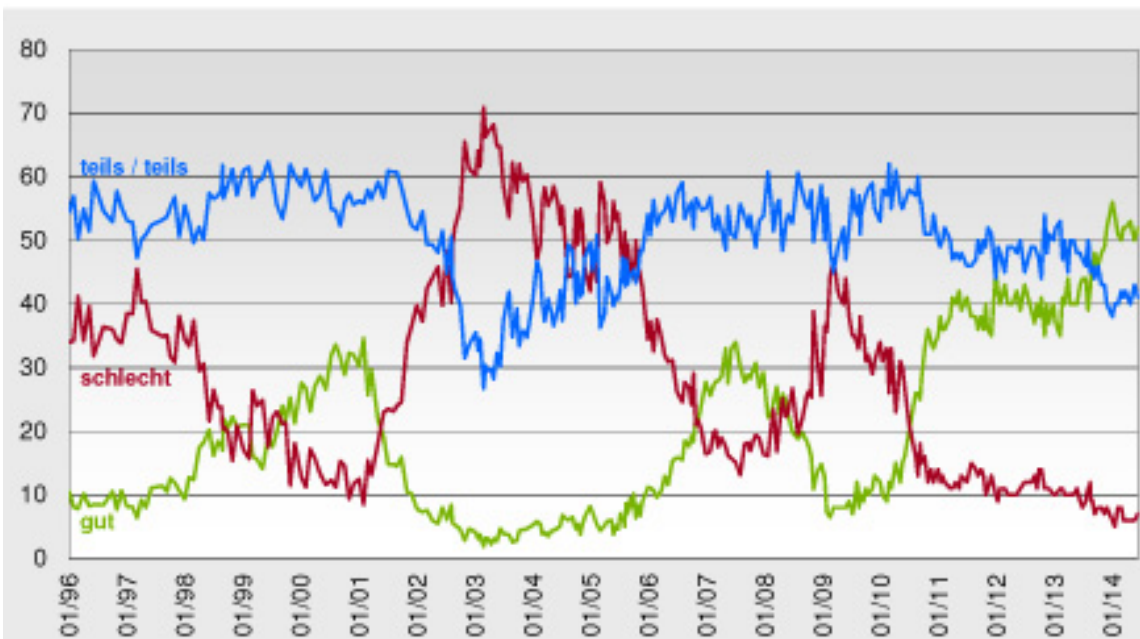
Abbildung 1: Wichtige Themen (Nur Werte über 20%-Nennungen)



Abbildungen 2.1. bis 2.3.: Urteile über die wirtschaftliche Lage

Wie beurteilen Sie die Wirtschaftslage in Deutschland?
seit 01/1996

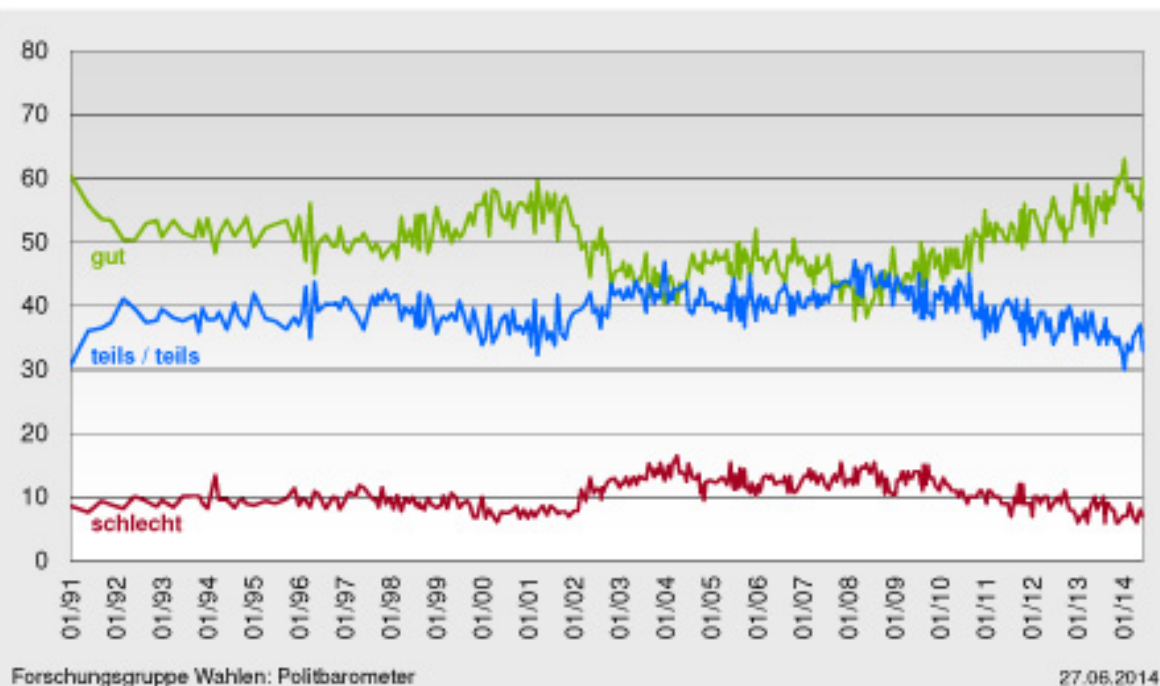
FORSCHUNGSGRUPPE
WAHLEN E.V.



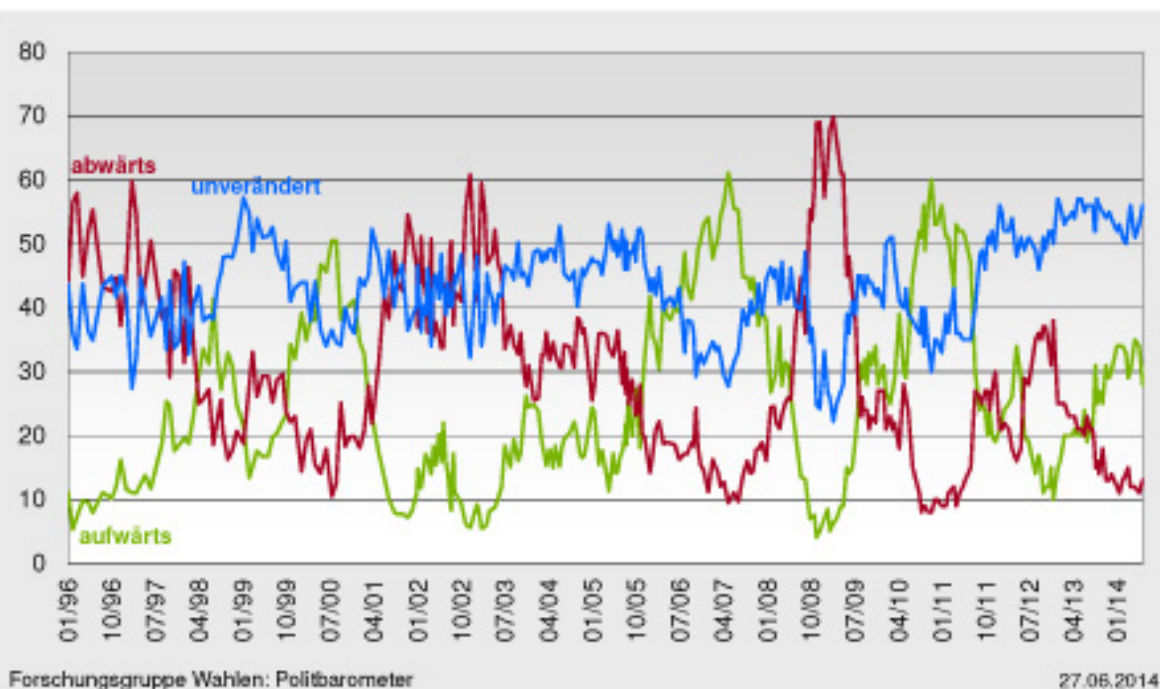
Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer

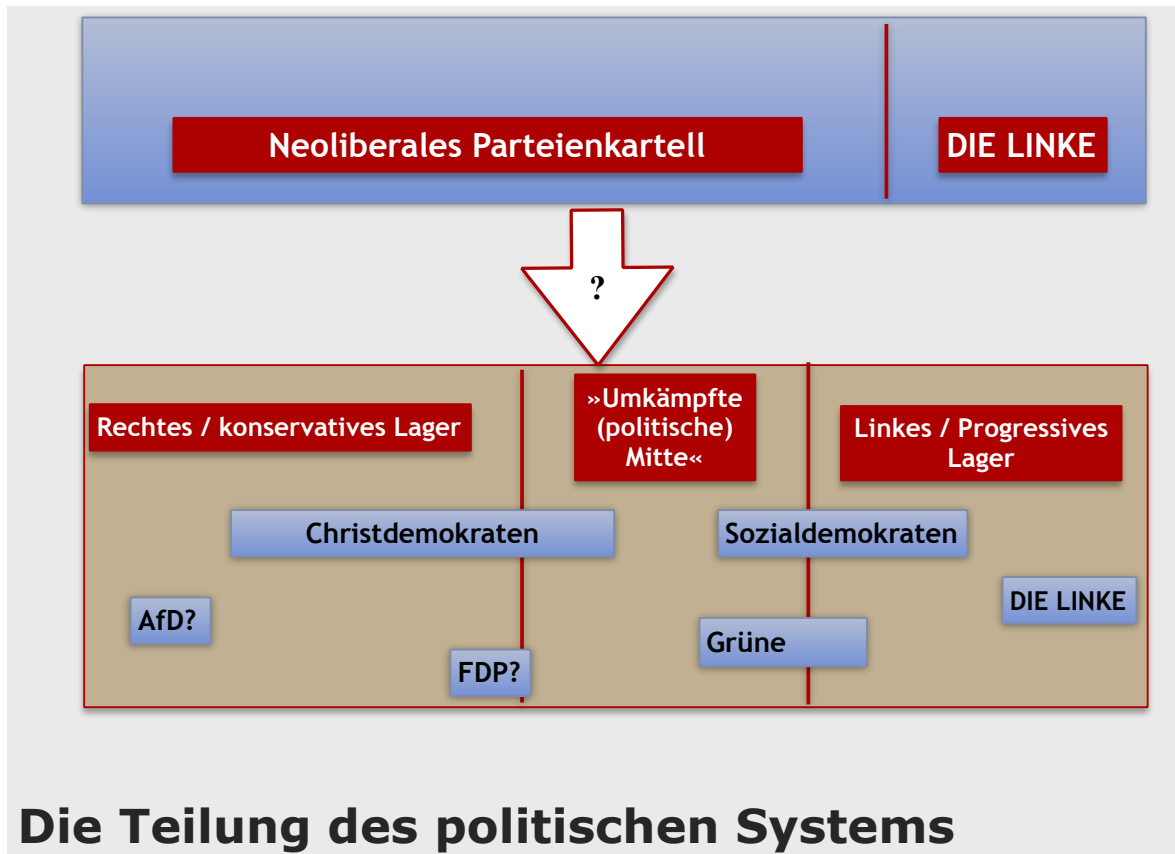
27.06.2014

Wie beurteilen Sie Ihre eigene Wirtschaftslage? seit 01/1991



Mit der Wirtschaft geht es ... seit 01/1996





Die Teilung des politischen Systems

Abb. 3

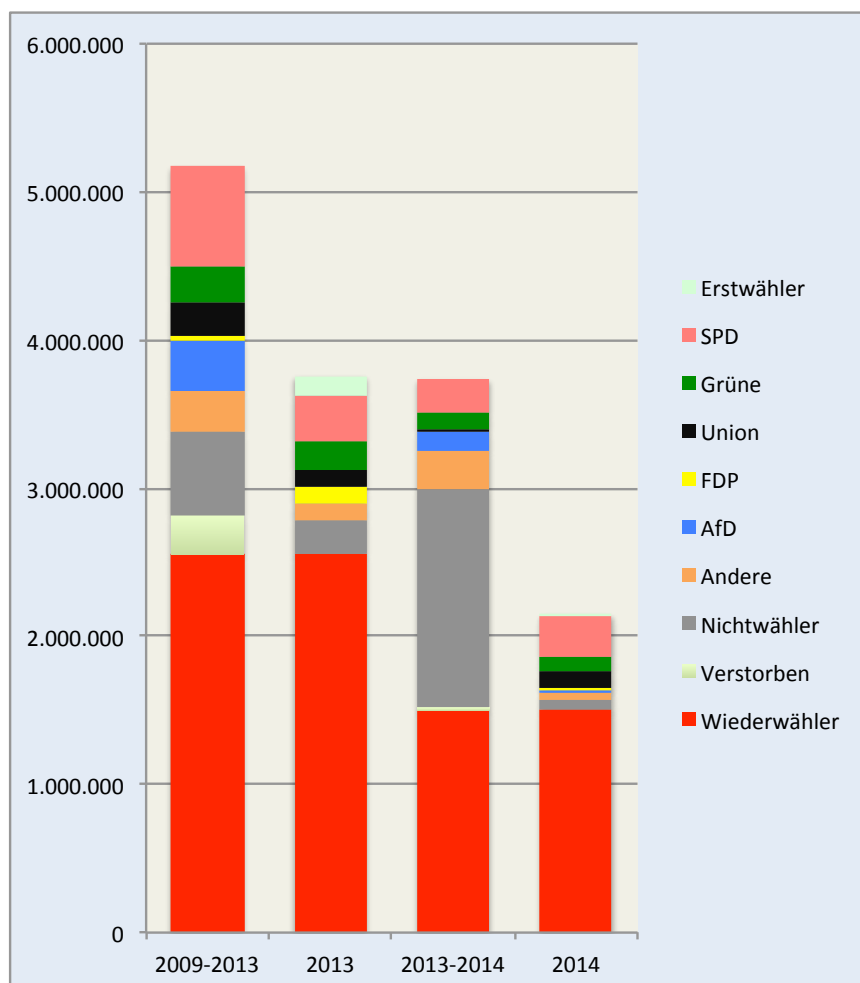


Abb.4.1 - 4.3.:
Wähler_innen-
wanderung für Die
Linke: Verbleib der
Wähler_innen der
BTW09 bei der
BTW13, Zusammen-
setzung BTW13,
Verbleib bei der
EPW14 und Zusam-
mensetzung
EPW2014

(Quelle: Infratest
dimap; eigene Dar-
stellung)

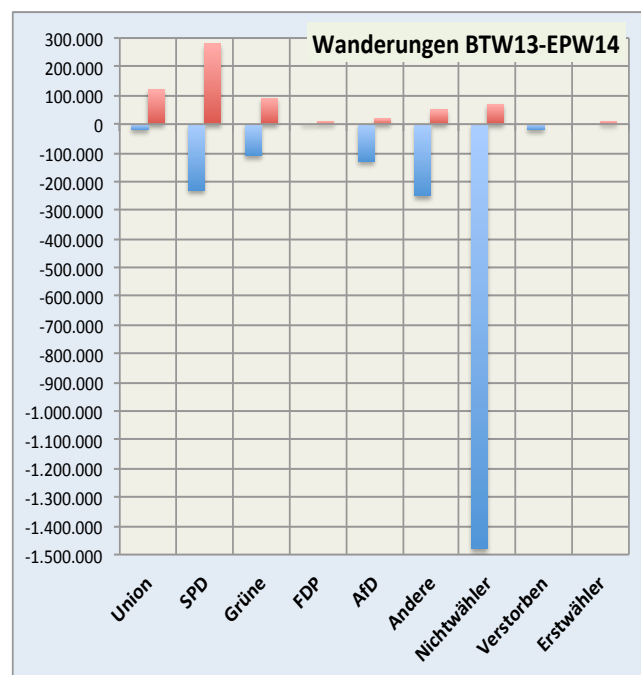
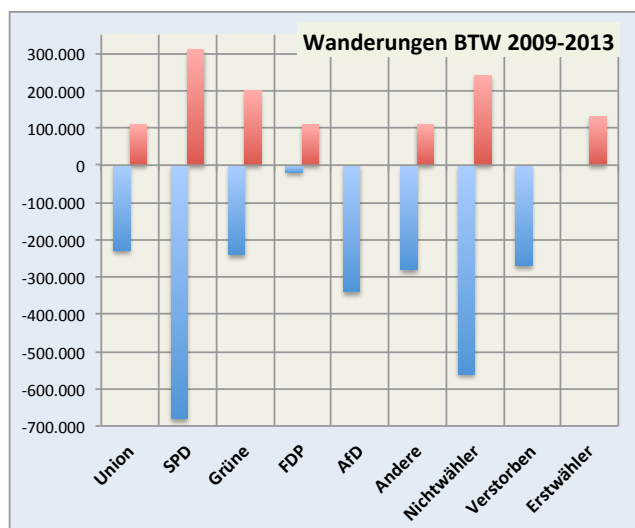
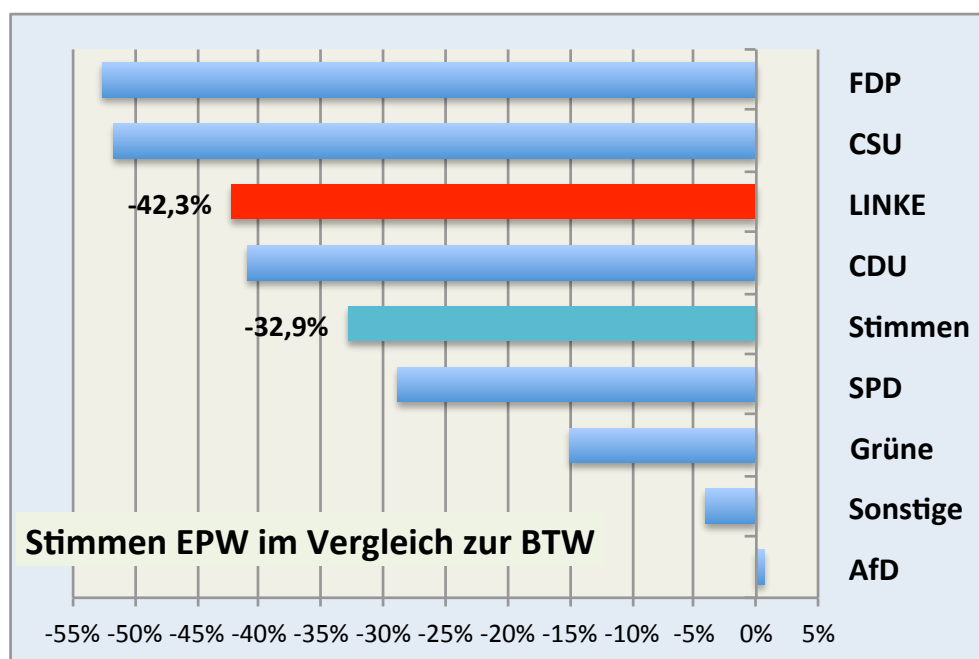


Abb. 5.1. und 5.2. Rückgang der Wähler_innen-Mobilisierung bei der EP_Wahl gegenüber der BTW und regional differenziert für Die Linke



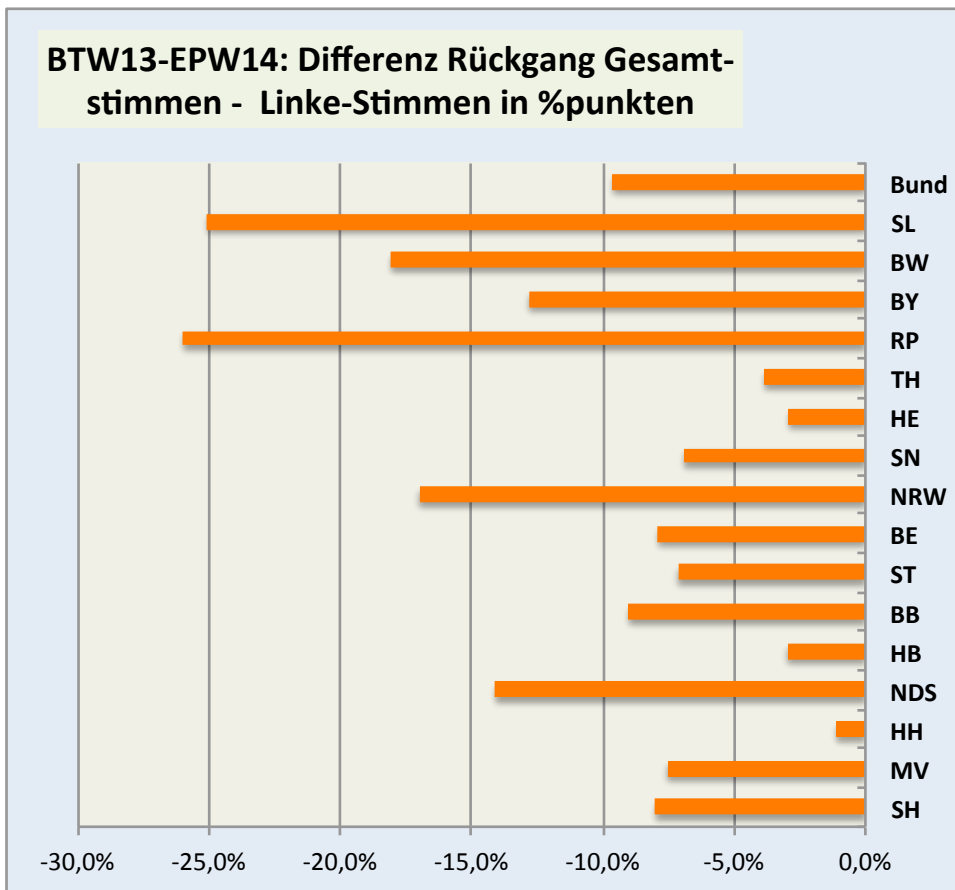


Abb. 6.1. - 6.2.: »Prekäre Wahlen«

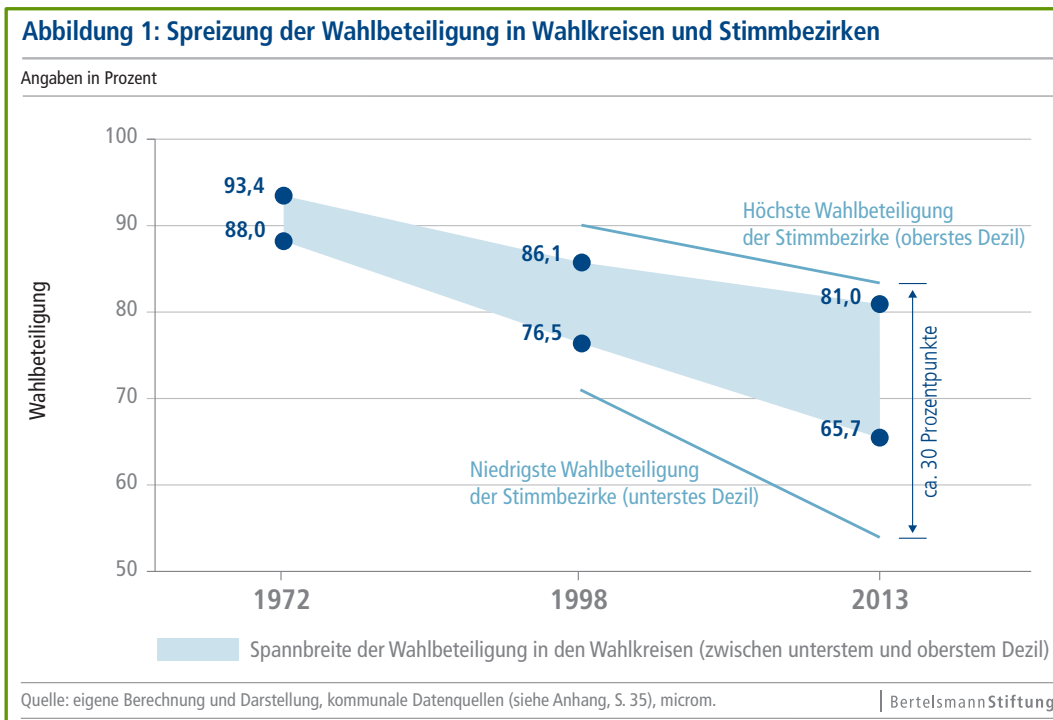
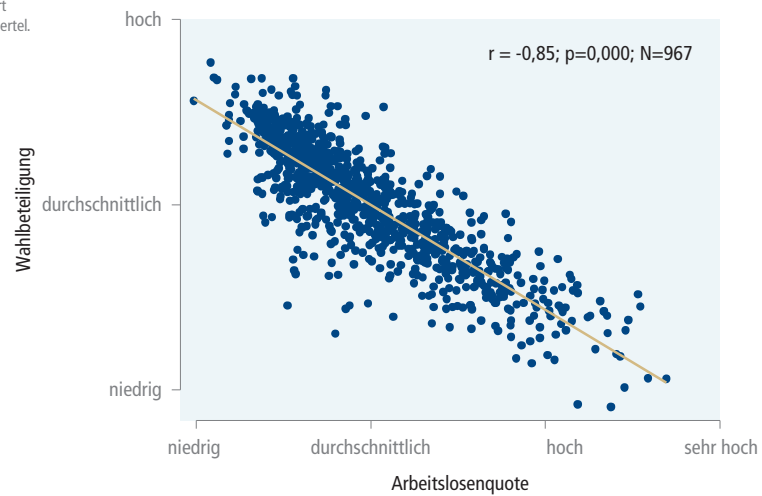


Abbildung 4: Arbeitslosenquote und Wahlbeteiligung

Jeder Punkt repräsentiert
ein untersuchtes Stadtviertel.



Quelle: eigene Berechnung und Darstellung, kommunale Datenquellen (siehe Anhang, S. 35), microm.

BertelsmannStiftung

Abb. 7.1. - 7.2. »Prekäre Kommunikation«

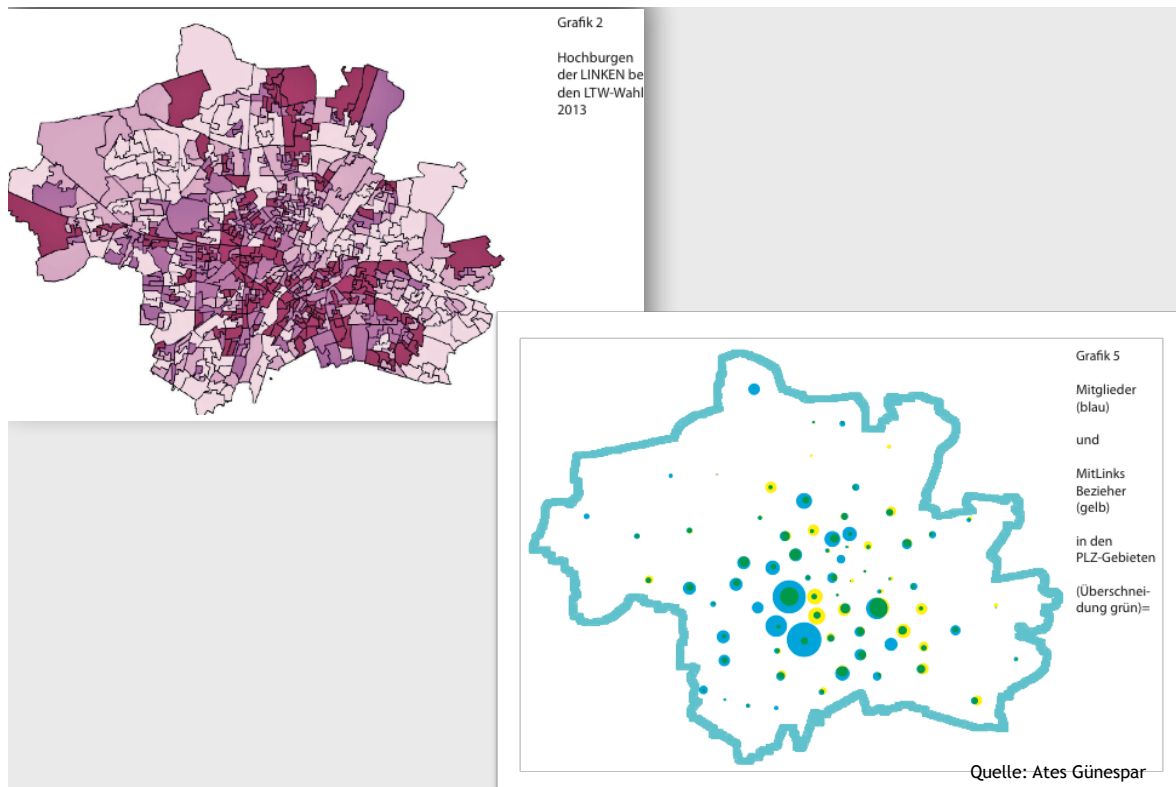


Abb. 8: Berufliche Qualifikation

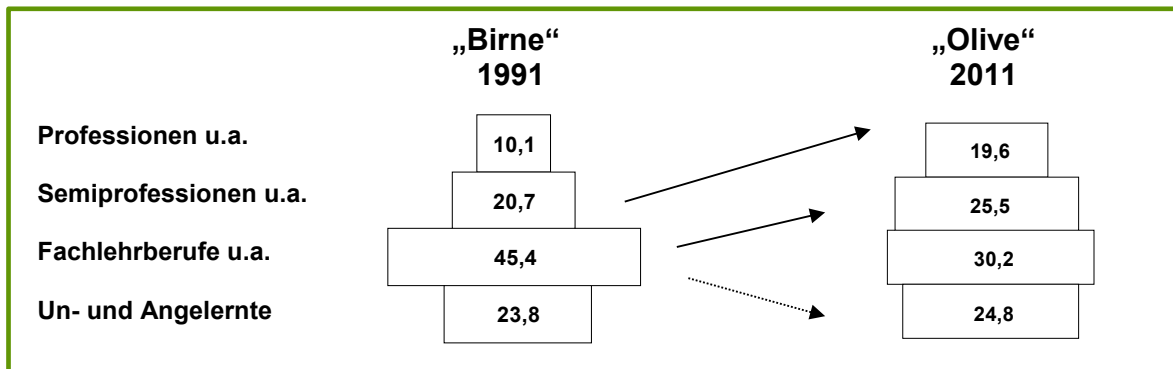


Abb. 9 - »Industrielle Dienstleistungsgesellschaft«

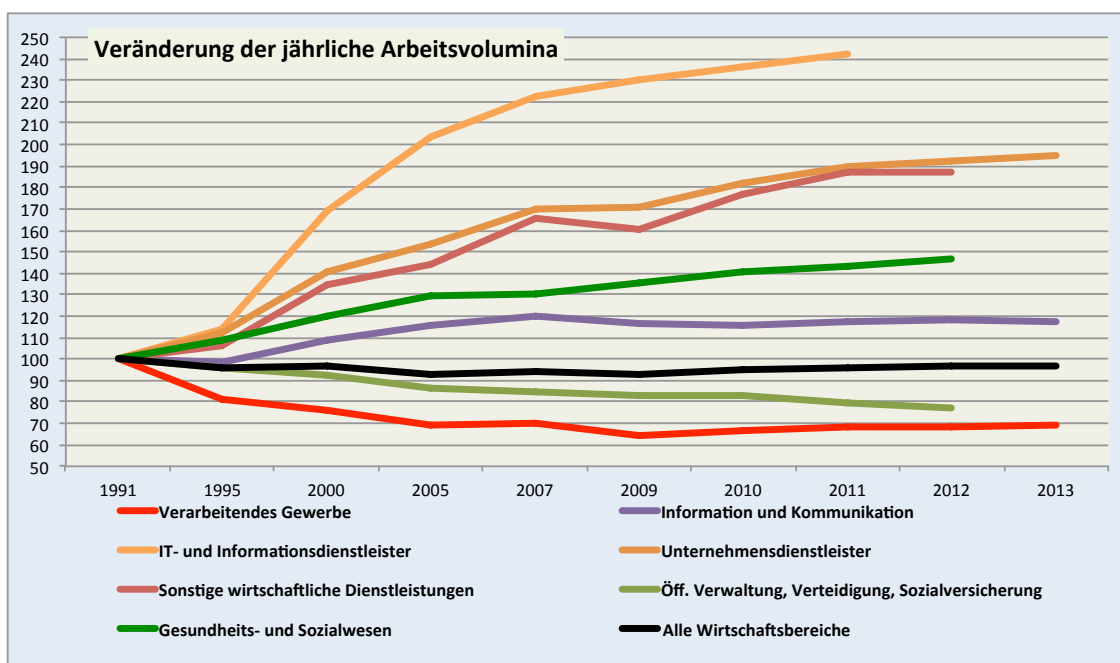
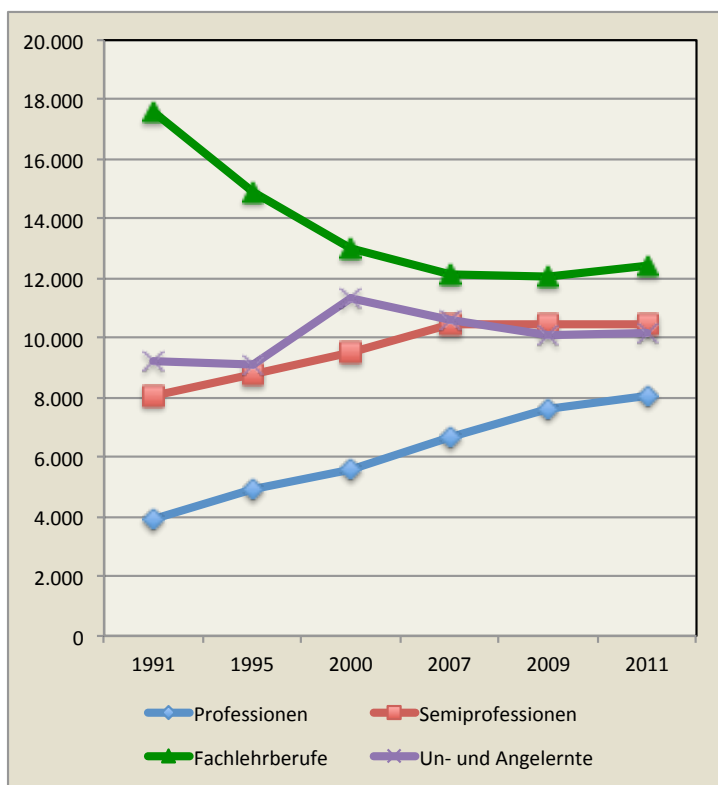


Abb. 10: »Entspannung«/Stabilität am Arbeitsmarkt

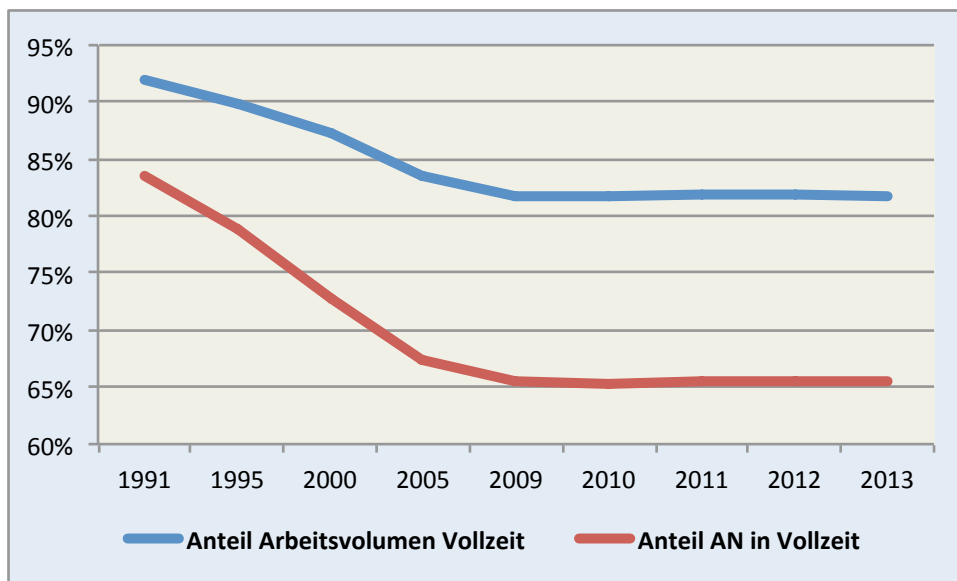


Abb. 10: Entspannung bei den Erwerbseinkommen

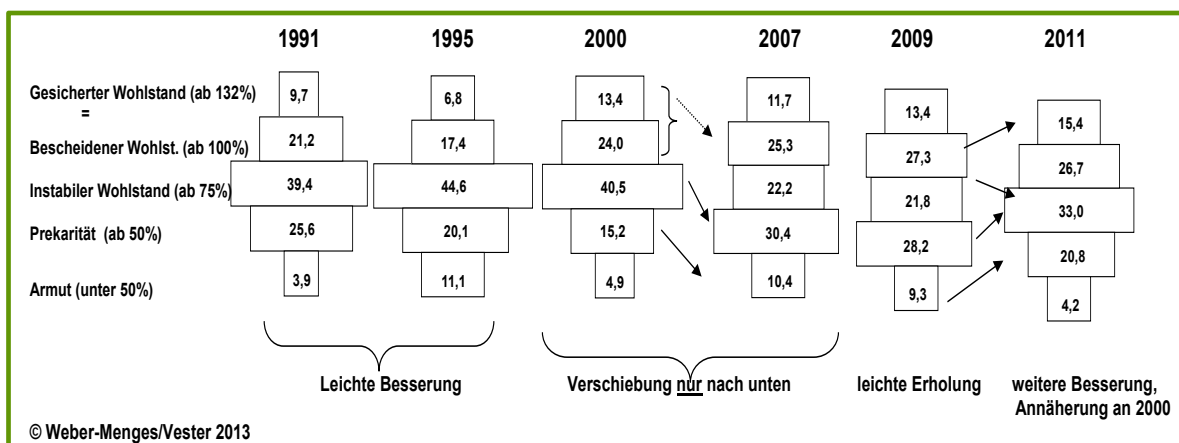


Abb. 11: Gesellschaftspolitischer Raum demokratischer Klassenpolitik und sozialer Gerechtigkeit

